

Pressemitteilung

BVKJ bewertet Wahlprogramme aus Sicht von Kindern und Jugendlichen

Köln, 19. Dezember 2024. In diesen Tagen veröffentlichen die Parteien ihre Wahlprogramme. Wie steht es um eine kinder- und enkelgerechte Gesundheitspolitik? Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen e.V. (BVKJ) hat vorab einen [Pakt für Kindergesundheit](#) veröffentlicht mit dem Ziel, dass die Politik die Interessen von Kindern und Jugendlichen konsequent in den Mittelpunkt rückt und sie bei allen gesundheitspolitischen Entscheidungen mitgedacht werden. Es zeigt sich, dass sich in allen Parteien Anknüpfungspunkte für die Pädiatrie finden. Es gibt aber auch Anlass zur Kritik.

BVKJ-Präsident Dr. Michael Hubmann: „Wir freuen uns, dass Union, Grüne und FDP erkannt haben, dass angesichts leerer Kassen und der hohen Beanspruchung ärztlicher Kapazitäten eine größere Nachfragesteuerung über ein Primärarztsystem notwendig ist. Besonders erfreulich aus unserer Sicht, dass die CDU/CSU sowie die FDP die Kinder- und Jugendärzt*innen, als die Hausärzt*innen von Kindern und Jugendlichen, an dieser Stelle explizit nennen. Nur SPD und FDP erwähnen, dass hierfür ärztliche Leistungen entbudgetiert werden müssen.“

BVKJ-Vizepräsidentin Dr. Anke Steuerer: „Bei der SPD ist hervorzuheben, dass sie sich als einzige Partei zu der Notwendigkeit bekennt, den Mangel von Haus- und Kinderärzt*innen anzugehen und an dieser Stelle die ärztliche Weiterbildung, für die der BVKJ seit Jahren kämpft, erwähnt. Wir begrüßen auch, dass sich die SPD dazu verpflichtet, die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen weiter zu stärken.“

Der BVKJ hat aber auch Kritik. So stellt die SPD nicht den objektiven medizinischen Bedarf, sondern die Bedürfnisse der Patient*innen in den Mittelpunkt. Das steht im Widerspruch zu einer besseren Steuerung im System. Die Forderung der Grünen nach zusätzlichen Sprechstunden steht wiederum in einem Konflikt mit den zunehmend begrenzten ärztlichen Kapazitäten. Eine nicht indizierte Leistungsausweitung, die durch eine Mehrbelastung von

PKV-Versicherten finanziert werden soll, lehnt der BVKJ ab. Bei Union und FDP wird das Thema Verhältnisprävention stiefmütterlich behandelt. Nach den Forderungen des BVKJ zu weniger Zucker in Getränken, gesundem Schulessen und einer schärferen Regulierung von Energy-Drinks, Alkohol und E-Zigaretten sucht man vergeblich in ihren Programmen. Bei allen Parteien fehlt der Hinweis darauf, dass in Deutschland dringend die Impfquoten zu erhöhen sind.

BVKJ-Vizepräsident Dr. Stefan Trapp: „Keine der Parteien erwähnt den Reformstau bei GOÄ und EBM. Hier hält es der BVKJ für geboten, die sprechende Medizin zu fördern und ein besonderes Augenmerk auf sozial Schwache und Kinder und Jugendliche in unterversorgten Gebieten zu richten. Wir hätten uns auch deutlich konkretere Vorschläge erhofft, wie die Bürokratie im Gesundheitswesen effektiv und umfassend bekämpft werden kann.“

Kontakt:

Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen e.V. (BVKJ)

Mielenforster Straße 2, 51069 Köln

Telefon: 0221/68909-0

E-Mail: info@bvkj.de

Internet: www.bvkj.de

Präsident:

Dr. Michael Hubmann

Bundespressesprecher*innen:

Jakob Maske

Dr. Tanja Brunnert

Weitere Informationen zum Thema Kinder- und Jugendgesundheit unter:

www.kinderaerzte-im-netz.de